

**ES GEHT
UM DEIN LEBEN**

GIESSEN WIRD GRÜN!

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2006



INHALTSVERZEICHNIS

Grünes Giessen 1

- Bestandsaufnahme..... 1
- Partei der Alternativen 1

Lebenswertes Giessen..... 3

- Zukunft der Stadt..... 3
- Wohnen für alle..... 4
- Visionen für Projekte und Gebiete..... 5

Mobiles Giessen..... 9

- Verkehrsplanung in Gießen 10

Gesundes Giessen..... 13

- Umweltschutz..... 13
- Abfall..... 17
- Sport 18
- Gesundheit für alle..... 19

Attraktives Giessen 21

- Kultur 21

Junges Giessen..... 22

- Leben und Arbeiten 22
- Wohnen für Familien 23
- Bildung vor und nach der Einschulung 24
- Kindertagesstätten:
Bildungsstätten und Betreuungsstätten 24
- Schulen: Zeit zum Lernen 26

- Freizeit ist soziale Zeit29
- Studierenden Leben oder Leben im Studium.29

Gerechtes Giessen.....32

- Ursachen sozialer Probleme32
- Besonderer Schutz für Kinder.....33
- Jugendhilfe: Prävention statt Reparatur.....34
- Migrantinnen und Migranten34
- Alte Menschen35
- Menschen mit Behinderungen36
- Gießen-Pass37
- Arbeitsmarktpolitik37
- Lesben und Schwule.....38

Emanzipiertes Giessen 39

- Ohne Quote39
- Ohne Gewalt40

Solides Giessen 41

- Vorteile der Universität nutzen.....41
- Wirtschaftsförderung.....41
- Handel in der Innenstadt42
- Städtische Finanzen konsolidieren43

Zukunftsfähiges Giessen.....44

- Agenda 2144
- Neue Wege der BürgerInnen-Beteiligung.....44

Dieses kommunale Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für Gießen wurde von der Mitgliederversammlung am 18. Februar 2006 beschlossen.

Herausgeberin dieser Broschüre: Bündnis 90/Die Grünen, Stadtvorstand Gießen, Liebigstraße 83, 35392 Gießen

Druck: Druckkollektiv Gießen, Am Bergwerkswald 20, 35392 Gießen

GRÜNES GIESSEN

Bestandsaufnahme

Bis zur Kommunalwahl 2001 hatten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen mit der SPD 16 Jahre lang die Mehrheit im Stadtparlament und bildeten eine rot-grüne Koalition. Bis dahin haben GRÜNE Zeichen in der Stadt gesetzt und die Entwicklung der Stadt vorangebracht. Wir haben Gießen grüner gemacht.

In den letzten beiden Jahren ihrer Koalition bis 2001 konnte die rot-grüne Stadtregierung fertig geplante Projekte nicht mehr umsetzen, sie war damals nicht mehr handlungsfähig. Einige dieser Projekte wurden von der heutigen Koalition unter CDU-Führung fortgeführt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in den vergangenen Jahren personell erneuert und inhaltlich weiter entwickelt. GRÜNE sind bereit, Verantwortung in Gießen zu übernehmen, um an die erfolgreiche Arbeit der früheren Jahre anzuknüpfen, neue grüne Ziele umzusetzen und Gießen grüner zu machen. Dazu muss die Koalition aus CDU, FDP und FWG beendet werden, denn sie hat Gießen auf vielen Gebieten (Umwelt- und Naturschutz, Sozial- und Verkehrspolitik, Schulpolitik, Städtebau) nicht vorangebracht, sondern Rückschritte produziert.

Mit diesem Wahlprogramm zeigen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie weiterhin für ein soziales und ökologisches Gießen stehen. Soziale Gerechtigkeit und eine ökologische Zukunft sind in allen Politikfeldern wichtig und sind darum in allen Programmpunkten zu finden.

Partei der Alternativen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei der Alternativen: Wir zeigen Möglichkeiten auf, bewährte Dinge zu verbessern oder althergebrachte Dinge neu zu denken. Wir bringen neue Ideen auf den Weg. Mit uns wird Gießen grün.

Mit diesem Programm zeigen wir, wie wir Gießen grüner und lebenswerter machen wollen. In diesem Programm zeigen wir unsere Grundhaltung und machen konkrete Vorschläge, wie mit geringem Aufwand Effekte erzielt werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen Gießen grüner für alle Menschen in Gießen – egal, wen sie wählen, ob sie wählen, ob sie erst noch geboren werden. Wir denken nicht nur an unsere Wählerinnen und Wähler, sondern an alle Gießenerinnen und Gießener. Wir wollen keine Kirchtumspolitik der Stadt, sondern ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Umlandgemeinden, dem Kreis Gießen und den angrenzenden Kreisen mit einem fairen Interessensausgleich. Dafür muss in allen Bereichen der Politik die interkommunale Zusammenarbeit gefördert und verstärkt werden. Nur in Kooperation mit allen können wir im Wettbewerb mit den anderen Regionen bestehen.

Besonders stark machen wir uns für:

- Familien und Kinder
- alte Menschen
- Migrantinnen und Migranten
- Frauen
- Menschen mit Behinderungen
- junge Menschen kurz vor oder in der Ausbildung
- Studierende

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehmen Verantwortung. Auch in Gießen. Gießen wird grün.

LEBENSWERTE GIESSEN

Zukunft der Stadt

Die Entwicklung der großen Städte – zumindest in der Europäischen Union – wird anders sein, als wir es noch im letzten Jahrzehnt annahmen. Ursachen sind unter anderem:

- Demographische Entwicklung
- Zu- und Abwanderung
- Strukturwandel in Wirtschaft und Verwaltung
- Finanzknappheit von Staat und Kommunen
- Regionale Zusammenarbeit (Mittelhessen, aber auch Rhein-Main-Gebiet)

Dies erfordert neue Konzepte für die Stadt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Neue Konzepte dazu wurden bereits bis zum Jahr 2001 von der damaligen rot-grünen Stadtregierung begonnen – zum Beispiel die Umgestaltung des Marktplatzes, Wohngebiet Schlangenzahl, Bahnhofsvorplatz, Berliner Platz.

Heute wächst die Stadt in die Fläche nach außen, die Nutzungsdichte im Stadtkern nimmt ab. Brachflächen, besonders in bestehenden Misch- und Gewerbegebieten sowie auf militärischen Liegenschaften, Leerstände von Wohnungen, Ladenlokalen und Büros nehmen mit entsprechenden sozialen Folgen zu. Es werden Gewerbegebiete aufgelegt, ohne dass Lücken zunächst geschlossen werden.

Das nennen StadtplanerInnen eine „perforierte Stadt“. Ende 2004 wurde im Parlament ein „strategisches und räumliches Entwicklungskonzept“ als Teil einer gesamtstädtischen Rahmenplanung, der so genannte Masterplan, vorgelegt. Das Konzept empfiehlt, dass Gießen eine kompakte Stadt, realistisch eher eine vernetzte Stadt sein soll – auf keinen Fall aber eine perforierte Stadt, zu der sie derzeit entwickelt wird. Was wir wollen und nicht das, was die derzeitige Koalition macht, wird empfohlen:

Aufrechterhaltung einer hohen Nutzungsdichte, Konzentration auf den Siedlungsbestand mit Baulückenaktivierung, quartiersbezogene Sanierung, vollständige Nut-

**Perforierte oder
kompakte Stadt**

zung der Konversionsflächen, Anlage eines grünen Cityrings, kurze Wege und optimale Anbindung an den ÖPNV.

Wir wollen:

- die weitere Zersiedlung verhindern
- Familien in der Stadt Wohnen, Leben und Arbeiten ermöglichen
- neue Baugebiete nur, wenn geprüft ist, ob sie in ein gesamtstädtebauliches Konzept einer kompakten oder vernetzten Stadt passen
- bereits nach dem Flächennutzungsplan (FNP) ausgewiesene Baugebiete nur entsprechend dem Bedarf in angemessenen Schritten vorbereiten und erschließen
- neue Wohngebiete so aufbauen, dass allen Bewohnerinnen und Bewohnern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist
- dafür sorgen, dass neue Wohngebiete
 - neuesten ökologischen Standards entsprechen
 - genügend Spielplätze und Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf haben
 - optimal an Bus und Bahn angebunden sind
 - schnelle Fahrradwege und Busverbindungen zur Innenstadt, zu Schulen und zu Arbeitsplätzen haben.
- ein ausreichendes Angebot an altersgerechten Wohnungen schaffen (siehe dazu auch Alte Menschen ab Seite 35)

Wohnen für alle

Wie sich neue Wohngebiete entwickeln, können wir planen. Auch bestehende Wohngebiete müssen entwickelt werden, denn ein ungesteuerter Wohnungsmarkt fördert Ghettobildung mit sozialer Ausgrenzung.

In Gießen werden mehr Wohnungen benötigt: große Wohnungen für einkommensschwache Familien mit drei und mehr Kindern sowie kleine Wohnungen für Einzelpersonen. Veränderte Haushalts- und Lebensstile erfordern veränderte Wohnungen, zum Beispiel für den Bedarf Alleinerziehender. Aber auch die Abwanderung einkommensstarker Familien wird nur eine überzeugende familienfreundliche Wohnungspolitik stoppen. (Mehr dazu: Gerechtes Gießen ab Seite 32)

Dieser Bedarf muss insbesondere von den gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften erfüllt werden.

Wir wollen:

- ein zentrales Leitbild zum sozialen Wohnen in Gießen schaffen, an dem wohnungspolitische Entscheidungen gemessen werden
- zusammen mit Nachbarkommunen ein regionales Wohnraumversorgungssystem installieren, statt die Politik an der Verwaltungsgrenze zu beenden
- gewachsene Sozialstrukturen mit ihrem Selbsthilfepotential erhalten und dazu Wohnungen der Wohnbau Gießen GmbH zum Teil an die langjährigen Mieterinnen und Mieter verkaufen
- benachteiligte Wohngebiete zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Eigentümerinnen und Eigentümern aufwerten, zum Beispiel mit
 - Modernisierung, Sanierung und kreativer Wohnumfeldgestaltung
 - Angeboten für arbeitslose Männer und Frauen (Werkstatt-Garagen etc.)
 - Freizeit- und Hobbyangeboten jeder Art und für jede Generation
 - Serviceangeboten wie Einkaufsgemeinschaften, Sperrmüllservice, Handwerker- und Partyservice
 - Haus- und Straßenfesten
 - Grillplätzen

Visionen für Projekte und Gebiete

Burggrabenviertel/
Oswaldsgarten und
Neustädter Tor

Die einzige Lücke, die zwischen 2001 und 2005 von der CDU-geführten Stadtregierung innerstädtisch geschlossen wurde, ist einer zeitgemäßen Stadtentwicklung gegenläufig: Im Sanierungsgebiet Burggrabenviertel/Oswaldsgarten entstand ein gigantisches Einkaufszentrum innerhalb des Anlagenringes, das den schon teilweise existenzbedrohten Einzelhandel in der Innenstadt weiter ausdünnen könnte.

Die rot-grüne Koalition im Stadtparlament hatte bis 2001 begonnen, das Quartier mit einer Wohn-/Mischbebauung zu einem urbanen Wohnquartier zu entwickeln. Das wurde auch von der Europäischen Union mit Zuschüssen unterstützt.

Daher haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Anfang an das Projekt Galerie Neustädter Tor als überdimensioniert abgelehnt – anders als die große Mehrheit im Parlament.

Eine weitere negative Folge ist, dass kein potentieller Bauherr mehr Interesse hat, am Flutgrabengelände, im Reichensand oder in der Bahnhofstraße (Alte Post) zu investieren. Alte Schandflecke sind geblieben, trotz großspuriger Versprechungen.

Am Flutgrabengelände ist ein neuer Schandfleck hinzugekommen. Sogar im Bereich von Wohnbebauungen bleibt eine alte Lücke bestehen (Südanlage 10), neue sind hinzugekommen (Moltkestraße/Licher Gabel).

Wir wollen:

- keinen weiteren großflächigen Einzelhandel
- Wohnbebauung mit modernen Konzepten
- das Flutgrabengelände zu einer Grünanlage zurück bauen, wenn sich in absehbarer Zeit kein Investor findet

Kurz hintereinander werden die Baugebiete Marburger Straße, Klein-Linden (Riehlweg) und Schlangenzahl erschlossen.

Die Entwicklung des Wohngebietes Schlangenzahl wurde bereits unter einer rot-grünen Stadtregierung vorangetrieben. Wir stehen weiter dazu, halten es aber auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen für überproportioniert.

Wir wollen:

- ökologische Gesichtspunkte und altengerechtes Wohnen stärker berücksichtigen
- im Neubaugebiet Schlangenzahl ein Familienhaus als Begegnungsstätte und zur Kinderbetreuung (siehe Junges Giessen ab Seite 22)

Bis Ende 2007 wird nach Ankündigung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der größte Teil der noch verbliebenen militärischen Flächen in Gießen frei werden. Hier werden in großem Umfang nicht nur Gewerbe-, sondern auch Wohnbauflächen frei. Dies stellt eine große Herausforderung, aber auch Chance für die weitere städtebauliche Entwicklung im Sinne einer kompakten Stadt dar. Auf Grund dieser neuen Situation ist es nicht mehr nötig, Gewerbe- und Wohngebiete zerstreut und unter dem Verbrauch von Landschaftsressourcen, dezentral anzusiedeln.

Wir wollen:

- alte Kasernen für soziales und studentisches Wohnen nutzen
- Technologie und Innovationszentren entstehen lassen.

Diese Strategie war bereits in den neunziger Jahren mit den ersten Konversionsflächen im Europaviertel erfolgreich.

Schlangenzahl,
Marburger Straße,
Klein-Linden

Schwerter zu Pflug-
scharen, Kasernen zu
Wohngebieten

**Kulturrathaus am
Berliner Platz**

Auf Grund der zentralen, innerstädtischen Lage mit bester Anbindung an die Buslinien und fußläufiger Erreichbarkeit der City soll am Berliner Platz eine Stadtentwicklung nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien vorangetrieben werden, wie sie bereits durch Gruppen verschiedenster Ausrichtungen, durch Bürgerinnen und Bürger in Ideenwettbewerben und nicht zuletzt auch durch die rot-grüne Stadtregierung in den neunziger Jahren angedacht war.

Durch die Ansiedlung von Kulturstätten wie Stadtbücherei, Stadtarchiv und Kulturhalle zusammen mit der Stadtverwaltung soll ein offenes Rathaus geschaffen werden. Durch architektonische und organisatorische Lösungen mit multifunktionalen Räumen soll das Rathaus ein Komplex werden, der bis in die späten Abendstunden frequentiert wird. Dies ist nur möglich, wenn Stätten der Kommunikation und Begegnung einschließlich einer Gastronomie in das Rathaus integriert sind, also Behördengänge mit Einkauf, Entspannung, Freizeit und Kultur verbunden werden können.

Dieses multifunktionale Rathaus ist auch als eine Begegnungsstätte zwischen den Kulturen und den Generationen zu verstehen; ein gelebter Austausch zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen, die sich so mit ihrem Rathaus identifizieren können und auch Interesse haben werden, sich an der Gestaltung zu beteiligen, was bei einem technischen Rathaus alleine sicher nicht der Fall wäre.

Da die Stadt Gießen Bauherrin sein wird, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Chance, dass nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten gebaut werden kann. Mit der Renovierung bestehender, dezentral liegender, teils stark sanierungsbedürftiger Gebäude werden wir einem ökologischen und sozialen stadtplanerischen Konzept nicht gerecht werden, mittel- und langfristig würden auch keine Kosten gespart werden.

Wir wollen:

- die Neugestaltung des Berliner Platzes als ein Zentrum für Kommunikation und Dienstleistungen
- Behördengänge mit Einkauf, Entspannung und Kultur verbinden
- den zeitlichen und finanziellen Aufwand der einzelnen Bürgerinnen und Bürger für Behördengänge und Einkauf gering halten
- dass die Stadt Gießen als Bauherrin nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten baut
- den Berliner Platz als zentralen Umsteigeplatz, nicht nur von Bus zu Bus, son-

dern auch zwischen Fußverkehr, Bussen, Fahrrad und Autos, noch besser vernetzen und mit elektronischen Anzeigetafeln ausrüsten, die die nächsten Abfahrtszeiten anzeigen

- dass der private Bau, der das Rathaus ergänzen soll, sich dem neuen Rathausgebäude und dem Charakter des Berliner Platzes anpasst und dass der Neubau einen Abstand zur Grundstücksgrenze hält
- die Vorschläge der Agenda-Gruppe unterstützen
- die Anforderungen und Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigen, unter anderem der AnwohnerInnen-Initiative "Unser freundliches Rathaus"

Wir haben bereits bei der Umsetzung des Bebauungsplanes konkrete ökologische Maßnahmen mit aufnehmen können. Dazu gehören:

- Durchgrünung auch der inneren Freiflächen
- Dachbegrünung
- Auflagen der Fassadengestaltung für den Privatinvestor
- Festlegung einer großen öffentlichen Fläche Richtung Berliner Platz (Agora/Marktplatz)
- Verzicht auf Klimaanlage
- Stromsparmanagement mit weitestgehend natürlicher Beleuchtung
- geothermische Beheizung
- Regenwassernutzung
- Photovoltaik-Anlage
- optimale fußläufige Anbindung an die Innenstadt
- Fahrradabstellplätze in ausreichender Zahl, auch überdacht

Der Bahnhof ist eine Visitenkarte Gießens. In umfangreicher Abstimmung ist in den letzten Jahren der rot-grünen Regierung bis 2001 ein Umgestaltungsplan für den Vorplatz entwickelt worden. So sollen künftig alle Busse auf dem Bahnhofsvorplatz halten, und trotzdem soll ein Platz entstehen, der zum Verweilen einlädt. Es sollen genügend Fahrradabstellplätze geschaffen werden, teilweise als abschließbare Fahrradboxen. Die jetzige Stadtregierung hat es nicht geschafft, die von der rot-grünen Koalition schon weit vorangetriebenen Pläne umzusetzen.

Wir wollen:

- den Bahnhofsvorplatz so umbauen, wie wir es bereits vor mehr als fünf Jahren geplant haben

Bahnhofsvorplatz

MOBILES GIESSEN

Mobilität ist Bewegungsfreiheit, sie ist eine Grundbedingung individueller Entfaltung sowie sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe. Allerdings darf die Bewegungsfreiheit der einen nicht die der anderen einschränken, sei es durch knappen Platz, Gesundheitsgefährdung oder Verbrauch nicht ersetzbarer Ressourcen. Wir brauchen Mobilität für alle, nicht nur für Führerschein- und AutobesitzerInnen.

Ziel grüner Verkehrspolitik in Gießen ist es, den motorisierten Individualverkehr in der Innenstadt im Einvernehmen mit dem Einzelhandel zu vermindern, um die Aufenthaltsqualität für die Fußgängerinnen und Fußgänger und damit auch die Attraktivität für den Einzelhandel zu verbessern.

Wir wissen, dass das Auto als flexibelstes Transportmittel für viele Bürgerinnen und Bürger weiterhin unersetzlich ist und auch für Wege innerhalb der Stadt und erst recht für längere Strecken bevorzugt wird. Eine beliebige Ausweitung des motorisierten Individualverkehrs kann aber nicht Ziel vernünftiger Verkehrspolitik sein, da hierdurch die Lebensqualität der BewohnerInnen und auch BesucherInnen einer Stadt unverhältnismäßig eingeschränkt wird.

Schadstoffausstoß, Lärm und immenser Flächenverbrauch durch Straßen und Parkflächen müssen begrenzt werden. Prioritätensetzung bedeutet hier für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gesundheit sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner gegenüber dem Bedürfnis nach uneingeschränkter Mobilität zu bevorzugen.

Mobilität braucht Angebotsvielfalt, vom Einkaufen um die Ecke bis zu fließenden Übergängen zwischen den Verkehrsmitteln. Die Stadt muss mehr Imagepflege fürs Radfahren betreiben. Wir wollen zusammen arbeiten mit Betrieben (wie zum Beispiel im Projekt bike-and-buisiness im Rhein-Main-Gebiet), Schulen (autofreier Schultag), Universität und Fachhochschule sowie Handel mit dem Ziel der Radverkehrsförderung.

Bewegungsfreiheit beinhaltet auch Sicherheit, gerade auch für die Jüngsten. Mehr Sicherheit im Straßenverkehr ist eine wichtige Voraussetzung für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Sie wird auch zunehmend wichtiger für ältere Menschen. Nur eine verkehrssichere Umwelt ist wirklich für alle barrierefrei.

Unsere Bewegungsfreiheit darf nicht auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten folgender Generationen gehen, deshalb sollte sie nachhaltig sein, klimaschonend und nicht gesundheitsgefährdend. Im Gegenteil kann sie, sofern der eigene Körper bewegt wird, ausgesprochen gesund sein.

Beweglichkeit sollten wir auch bei der Wahl unserer Verkehrsmittel an den Tag legen, das schnellste und einfachste ist nicht immer das Beste, und mit Flexibilität unsererseits und Vernetzung auf der Angebotsseite könnte Gießen ein ganzes Stück schöner und gesünder werden.

Verkehrsplanung in Gießen

Die Verkehrsplanung in Gießen hat sehr unterschiedliche Bedürfnisse zu berücksichtigen:

- Das Bedürfnis der Gießener Bürgerinnen und Bürger nach innerstädtischer Mobilität (Beweglichkeit), das heißt gut erreichbare Schulen, Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Veranstaltungen, Ämter usw.
- Die hohe Zahl an Menschen, die von und nach Gießen ein- und auspendeln zum Arbeiten, Studieren, Einkaufen usw. (hoher Zentralitätsfaktor), und die dafür nicht allzu lange unterwegs sein wollen.
- Das Bedürfnis der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, in ihrer Stadt ohne Belästigung/Gefährdung durch Lärm und Schadstoffe zu wohnen und unterwegs sein zu können. Naherholungsgebiete in erreichbarer Nähe, Ruheinseln in der Stadt, Treffpunkte und Kommunikationsmöglichkeiten im Nahraum.

Um diese Bedürfnisse zu erfüllen bedarf es einer intelligenten Verkehrslenkung und Prioritätensetzung.

Wir wollen:

- die Förderung der nachhaltigen und gesundheitsfördernden Mobilität im Nahraum durch Ausbau der Infrastruktur für RadfahrerInnen und FußgängerInnen (RollerfahrerInnen, SkaterInnen und andere nichtmotorisierte VerkehrsteilnehmerInnen eingeschlossen)
- ein gut ausgebautes und vernetztes System des öffentlichen Nahverkehrs für den weiteren Raum und die Menschen, die einen motorisierten Transport wünschen oder benötigen
- einen Stadtplan mit Radrouten und Buslinien, der an alle neuen Bürgerinnen und Bürger kostenlos verteilt wird und zu kaufen ist

- die städtischen Ämter zur Rad- und Fußverkehrsförderung vernetzen und AnsprechpartnerInnen für Anregungen und Probleme von außen schaffen, etwa eine Fahrradbeauftragte
- Mobilitätszentralen zum Beispiel durch Informationskampagnen unterstützen und ebenso intelligentere Autonutzung durch CarSharing und Mitfahrzentralen.

Wir wollen für FußgängerInnen:

- ausreichenden Platz auf den Bürgersteigen, auch für Menschengruppen (Schulkinder zum Beispiel gehen selten einzeln), Rollstühle, Gehwagen und ähnliche Hilfsmittel, mit denen die Mobilität von Menschen mit Behinderungen gesichert werden kann
- eine Stadt der kurzen Wege mit dezentraler Infrastruktur, möglichst weitgehender Barrierefreiheit, mit kurzen Wartezeiten an Ampeln, mit attraktiv gestalteten Hauptfußrouten mit Beschilderung, mit Abkürzungen zum Beispiel durch das Essiggässchen (Alicestraße-Riegelpfad) und den Schirmerschen Park (Kennedyplatz-Ringallee)
- die Optimierung der Querungsmöglichkeiten an Kreuzungen zum Beispiel durch Schrägquerungen oder Rundumgrün
- in Wohngebieten generell Tempo 30
- mehr Spielstraßen mit Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ohne Bürgersteigbegrenzung
- Parkplatz freie Plätze, zum Beispiel den Lindenplatz; bei einer Umgestaltung des Botanischen Gartens auch den Brandplatz

Wir wollen für RadfahrerInnen:

- den Lückenschluss des Radwegenetzes, wie im Radwegeplan von 1988 (!!)
- vorgesehene, und eine Aktualisierung des Plans
- Radwege oder Radfahrstreifen an allen Hauptverkehrsstraßen
- Aufstellmöglichkeiten an allen großen Kreuzungen bzw. Geradeausfahr-Spuren
- mehr und bessere Fahrradabstellanlagen, Fahrradgaragen vor allem am Bahnhof und an zentralen Bus-Haltestellen sowie an städtischen Einrichtungen
- dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und eine Infrastruktur für radelnde MitarbeiterInnen schafft (Duschmöglichkeit, Spinde für Radkleidung, Gelegenheit zum Umkleiden)
- einen „Runden Tisch Radverkehr“, der Planungen und Umsetzungen in den nächsten Jahren begleitet

Wir wollen für Bus-und-Bahn-FahrerInnen:

dass die Stadt Gießen sich beim Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und den Stadtwerken engagiert für

- die Fortführung des Semestertickets
- preisgünstige SchülerInnen tickets fürs gesamte Netz mit ganzjähriger Nutzungsmöglichkeit
- Sonderangebote für GroßkundInnen, damit zum Beispiel Betriebe ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Jahreskarten ausstatten können
- bessere Anschlüsse für Bahn-, Regional- und Stadtbusse
- die Fortschreibung und Umsetzung des Nahverkehrsplans, um Bus und Bahn weiter auszubauen und Anbindungen und Routenführung zu verbessern
- die rasche Ausstattung der Busse mit Rußfiltern bzw vermehrten Einsatz gasbetriebener Fahrzeuge
- eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umland zur Optimierung der Fahrplanabstimmung und des Angebotes
- ein Nachtverkehrsangebot
- Buslinien zu neuen Wohngebieten
- elektronische Anzeigetafeln an zentralen Haltestellen, die zeigen, wann der nächste Bus kommt und abfährt - angefangen am Berliner Platz, Marktplatz und Bahnhof
- den Berliner Platz als zentralen Umsteigeplatz, nicht nur von Bus zu Bus, sondern auch zwischen Fußverkehr, Bussen, Fahrrad und Autos
- behinderten- und altengerechte Ausstattung von Fahrzeugen und Haltestellen

Wir wollen für Auto-FahrerInnen:

Der motorisierte Individualverkehr soll fließen, nicht stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für intelligente Ampelschaltungen (ohne Behinderung der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer) und Verkehrsleitsysteme.

- In der Innenstadt wird der motorisierte Verkehr reduziert durch das Parken in den Parkhäusern am Anlagenring und gute Führung des Fußverkehrs von dort in die Innenstadt (wenige Minuten Fußweg). Nur Behinderten- und Kurzzeitparkplätze bzw AnwohnerInnenparken bleiben innerhalb des Anlagenrings, gegen Falschparkerinnen und Falschparker wird konsequent vorgegangen.
- Möglichkeiten und Angebote zur Autonutzung, ohne ein Auto besitzen zu müssen, durch Unterstützung oder Förderung von CarSharing und anderen Vermietungsangeboten

GESUNDES GIESSEN

Umweltschutz

Umweltschutz ist und bleibt weiterhin das zentrale Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Schutz bzw. die sparsame Nutzung unserer endlichen Ressourcen des Bodens, des Wassers und der Luft ist eine Aufgabe, von der aus wir alle Politikfelder bedenken. Den größten Einfluss auf diese Ressourcen hat eine Stadt über eine umweltgerechte Stadtentwicklung und der Steuerung des Verkehrs. Deshalb haben wir diese Bereiche auch in unserem Programm vorangestellt.

Schädliche Wirkungen auf die belebte und unbelebte Natur müssen insbesondere im Interesse der Menschen, die in der Stadt leben, minimiert werden.

Deshalb ist beim Wohnungs- und Gewerbebau auf flächensparende Verfahren sowie das Recycling schon genutzter Flächen größter Wert zu legen (siehe dazu auch Lebenswertes Giessen ab Seite 3). Eine Begrünung von Fassaden und Dächern, wo immer möglich, fördert ein gesundes Stadtklima und bietet pflanzlichen und tierischen Lebensgemeinschaften eine wichtige Lebensgrundlage.

Wir wollen:

- die im Stadtgebiet noch vorhandenen Flächen mit wertvollen Biotopen erhalten bzw. schützen
- Lebensräume für Pflanzen und Tiere durch Neuanlage schaffen bzw. durch extensive Pflege von Grünflächen verbessern
- in Bebauungsplänen die Begrünung mit standortgerechten Gehölzen und die Möglichkeit der Dach- und Fassadenbegrünung vorsehen
- nach dem Motto „Grau raus, grün rein“ entlang verschiedener Straßen noch mehr Bäume anpflanzen
- auf den Einsatz von „Bioziden“ (Pestizide, Fungizide, Herbizide) in den städtischen Anlagen verzichten
- in der Stadt bei Glatteis auch Sand und Splitt einsetzen, solange Salz (z.B. bei starken Steigungen) nicht unbedingt nötig ist

Land und Boden

Bei allen Planungen müssen ökologische Aspekte vorrangig berücksichtigt werden, um weitere Zerstörungen zu stoppen.

Die im Landschaftsplan vorgesehenen Maßnahmen, um die Biotope zu sichern und zu entwickeln, sind umzusetzen. Dazu gehört eine parzellenscharfe Festlegung des Außenbereiches.

Der Schutz der ausgewiesenen und aller geeigneten Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Richtlinie) ist bei allen städtischen Planungen vorrangig zu berücksichtigen.

Die landwirtschaftliche Nutzung vergangener Jahrhunderte hat unsere Kulturlandschaft mit ihrer Vielfalt von Tieren und Pflanzen hervorgebracht. Auch viele heutige Bäuerinnen und Bauern bemühen sich trotz widriger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, diese Kulturlandschaft zu erhalten.

Wir wollen den ökologischen Landbau fördern, weil dieser für eine standortgerechte Bewirtschaftungsform sorgt, die die Bodenstruktur, die Bodenbiologie und die Bodenfruchtbarkeit dauerhaft sichert und den Boden minimal belastet.

Lebensmittel werden über ständig länger werdende Strecken transportiert. Das belastet die Gesundheit der Menschen und die Umwelt. Regionale Vermarktungsstrukturen, die geschaffen beziehungsweise ausgebaut werden müssen, wirken dem entgegen.

Wir wollen:

- städtische Flächen bevorzugt an ökologisch wirtschaftende Landwirte verpachten
- den Gießener Bauernmarkt mit seinen DirektvermarkterInnen weiter unterstützen
- in Zusammenarbeit mit der Landschaftspflegevereinigung Landwirtinnen und Landwirte verstärkt in Maßnahmen der Landschaftspflege einbinden

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel. Doch Wasser ist in Trinkqualität nicht unererschöpflich vorhanden. Sparsamer Umgang mit Wasser und Schonung der Gewässer bleibt weiterhin eine Aufgabe vorausschauender Umweltpolitik.

**Freiräume sichern –
Landschaft schützen**

**Die Feldflur –
Wiesen, Weiden und
Äcker**

Wasser

Deshalb wollen wir, dass in Gießen

- Flächen entsiegelt werden
- Regenwasserversickerung oder -zisternen in der Bauleitplanung vorgeschrieben werden

Durch extensive Nutzung oder durch Nutzungsverzicht können sich wieder natürliche Auenbiotope entwickeln. Gleichzeitig bleiben oder werden so die Gewässerufer wieder für alle zugänglich.

Dies gilt vor allem für viele Stellen am Ufer der Lahn: Dort versperren gewerbliche Bauten und bis ans Ufer eingezäunte Gärten den Zugang oder sogar den Blick zur Lahn.

Niemand soll deswegen enteignet werden – doch alle haben ein Anrecht auf Wandern und Radfahren, Ruhe und Entspannung, Paddeln und Schwimmen an und auf der Lahn.

Die Renaturierung eines Gewässers bleibt jedoch unvollkommen, wenn nicht von der Quelle bis zur Mündung wieder natürliche Verhältnisse geschaffen werden. Nur wenige Gewässer fließen ausschließlich innerhalb der Stadtgrenzen, deshalb muss hier, wie auf anderen Gebieten auch, die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden gesucht bzw. intensiviert werden.

Die noch vorhandenen Hochwasserstauräume müssen gesichert werden, sie haben Vorrang vor allen anderen Nutzungen.

Wir wollen:

- den Ankauf von Grundstücken entlang der Lahn fortsetzen
- die Sanierung der Lahn und anderer Gewässer im Stadtgebiet fortsetzen
- dazu auch mit Gemeinden am Oberlauf der Gewässer zusammenarbeiten

Die Luftqualität wird in unserer Stadt hauptsächlich durch den Verkehr und durch die Heizung von Wohn-, Büro- und Gewerbegebäuden beeinflusst, industrielle Emittenten sind zu vernachlässigen. Die Belastung mit krebserzeugenden Feinstäuben und Stickoxiden ist dabei in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, in Gießen sind die Werte wahrscheinlich (genaue Messungen stehen noch aus) in der Nähe der von der EU vorgegebenen Grenzwerte.

Wasser als
Lebensraum

Luft

Diese Belastung lässt sich nur durch die Reduzierung des motorisierten Verkehrs bzw. dessen Schadstoffausstoß reduzieren (siehe Teil „Mobiles Giessen“ ab Seite 9).

Wir wollen darüber hinaus

- den Einbau von Rußpartikelfiltern in alle Busse der Stadtwerke bzw. die Umstellung auf Erdgasantrieb
- Förderung von Erdgasfahrzeugen
- den weiteren Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze in der Stadt (siehe auch den folgenden Abschnitt EnergieREFFORMATVERBINDEN).
- nach Auswertung der Messergebnisse der Feinstaub- und Stickoxidbelastung einen Luftreinhalteplan für die Stadt erstellen

Ziel bündnisgrüner Energiepolitik ist es, durch Senkung des Energieverbrauchs die Emissionsmengen von Treibhausgasen zu verringern. Die Zielsetzungen des Kyoto-Protokolls müssen auch regional umgesetzt werden, was bedeutet, dass die Stadt Gießen ihre CO₂-Emissionen bis 2010 um mindestens 25 Prozent gegenüber 1990 reduzieren muss. Wir drängen darauf, die vorhandenen Energiesparmöglichkeiten auszuschöpfen und verstärkt regenerative Energiequellen (Sonne, Wasser, Wind, Biomasse) zum Einsatz zu bringen.

Durch eine Anschubfinanzierung der EU ist die Regionale Klimaschutzagentur (KEM) entstanden, die es zur Aufgabe hat, die Kompetenz für regionale Klimaschutzinitiativen zu bündeln und Projekte zusammen mit dem lokalen Handwerk zu entwickeln. Bisher hat sich die Stadt hier nicht beteiligt, was wir ändern wollen.

In einer Stadt wie Gießen mit ihrem hohen Bestand an in der Nachkriegszeit errichteten Gebäuden besteht ein großes Potential der Energieeinsparung im Baubereich durch energetische Sanierung um Umrüstung der Heizungen. Dies ist bei steigenden Kosten für Öl und Gas nicht nur eine ökologisch dringend notwendige Maßnahme, sondern auch aus finanziellen Gründen notwendig, um die Nebenkosten zu senken.

Deshalb wollen wir:

- dass die Stadt Gießen die Bemühungen zur energetischen Sanierung der eigenen Gebäude vorantreibt und die Maßnahmen sowie Erfolge in einem jährlich vorzulegenden Energiebericht darstellt

Energie

- dass alle Energiekosten und damit verbundenen Investitionen im städtischen Haushalt zusammengefasst werden ("Profitcenter"), damit die durch Energiesparmaßnahmen erwirtschafteten Erträge weiteren Investitionen in diesem Bereich zugute kommen
- weiterhin einen Zuschuss zum *Gießener Gebäudepass* finanzieren, der Haus- und WohnungseigentümerInnen in Stadt und Kreis Gießen ermöglicht, Energieeinsparpotentiale zu entdecken und die Belastung der Innenräume mit Schadstoffen zu überprüfen
- dass die Stadt Gießen die regionale Klimaschutzagentur (KEM) zusammen mit dem Landkreis fördert
- dass entsprechend dem Handlungskonzept *Solar lokal* auf allen öffentlichen Gebäuden Photovoltaik-Anlagen installiert werden
- dass der Einsatz von Biomasse in allen Einsatzbereichen geprüft wird und entsprechende Kampagnen unterstützt werden
- dass HausmeisterInnen und GebäudenutzerInnen von der KEM im sparsamen Gebrauch mit Energie geschult werden

Die Stadt Gießen mit ihren Stadtwerken verfolgt seit 1985 eine Energiepolitik, durch die insbesondere die Fernwärmeversorgung auf Basis der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke) massiv ausgebaut wurde. Diese Politik geht maßgeblich auf die Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück

Wir wollen:

- dass die Fernwärmeversorgung über Blockheizkraftwerke weiter ausgebaut und in den Bebauungsplänen die Energieversorgung über Fernwärme vorgesehen wird
- dass die Nutzung erneuerbarer Energien weiter entwickelt wird, zum Beispiel durch eine Großfeuerungsanlage für Holzhackschnitzel

Abfallvermeidung ist oberstes Ziel grüner Umweltpolitik. Wer wenig Müll produziert, soll auch weniger zahlen. Wir wollen, dass in Gießen, ähnlich wie im Landkreis, die Möglichkeiten erweitert werden, die Größe der Mülltonne und den Abfuhrhythmus selber zu bestimmen und dadurch Gebühren einzusparen. Dieses System muss offensiv beworben und vor allem in Gebieten mit größeren Wohneinheiten mit intensiver Beratung verbunden werden.

Stadtwerke

Abfall

Ansätze gibt es dazu schon in der Nordstadt und den Bereichen der Wohnbau Gießen durch die AbfallConsult. Notwendig ist die Weiterentwicklung dieser Arbeit im Sinne einer dauerhaften ökologischen städtischen Abfallpolitik und Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet.

Die kostenlose Abgabe von kleineren Mengen an Sperrmüll und Elektronikschrott im Wertstoffhof Lahnstrasse hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.

Für die Beseitigung des Restmülls ist die Stadt nicht zuständig, sondern der Kreis. Dort ist die Abfallbeseitigung öffentlich ausgeschrieben worden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Art der Beseitigung gewählt wird, die unter Umweltsichtspunkten am ehesten überzeugt. Dabei ist nicht nur der Schadstoffanfall (Luft-, Boden- und Wasserbelastung) der Beseitigungsanlage an sich zu bewerten, sondern auch der Transport.

Pläne zu einer eigenen Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Gießen lehnen wir ab, weil auf Grund der Größe der Anlage eine optimale Reinigung der Abluft nicht garantiert werden kann.

Wir wollen:

- ein gerechteres Gebührensystem, das Müllvermeidung und korrekte Mülltrennung belohnt
- Abfallberatung für alle Gießenerinnen und Gießener
- Kooperation zwischen Stadt und Landkreis Gießen zur Weiterentwicklung einer ressourcenschonenden Stoffkreislaufwirtschaft
- keine eigene Müllverbrennungsanlage der Stadtwerke Gießen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden den Sport auf allen Ebenen unterstützen – sowohl Leistungs- und Spitzensport als auch Vereins- und Breitensport und nicht vereinseingebundene Sport- und Bewegungsangebote. Sport ist auch Integrationsförderung.

Hallenbenutzungsgebühren für Sportvereine lehnen wir ab; wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die Räume der Kongresshallen-GmbH den Sport- und Kulturvereinen unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Wir werden weiter verlässliche Partner unserer Sportvereine sein. In kaum einem anderen Bereich engagieren sich so viele Bürgerinnen und Bürger sowohl finanziell

Sport

als auch in zahlreichen Ehrenämtern. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sportförderung in unserer Stadt. Vereine, die sich der Kinder- und Jugendarbeit widmen oder spezielle Programme für Behinderten- und SeniorInnenarbeit anbieten, verdienen unsere besondere Anerkennung. Ihre Vielzahl gewährleistet, dass die sozialpräventive Funktion des Sports für die Gesellschaft erhalten bleibt. Unsere Sportvereine müssen mit festen städtischen Zuschüssen rechnen können.

Die Sportförderung der Stadt Gießen soll mindestens im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung weiterer Sport- und Bewegungsangebote für Jugendliche, aber auch für Ältere, einsetzen. Hierzu gehört, dass auch diejenigen, die sich nicht vereinsgebunden bewegen wollen, ausreichende Möglichkeiten finden. Notwendig ist zum Beispiel die Einrichtung von Bolzplätzen. Auch die Sporthallen und -plätze können für solche Gruppen und Initiativen geöffnet werden.

Wir wollen:

- alle öffentlichen Schwimmbäder erhalten
- die Infrastruktur für Läuferinnen und Skater fördern (auch für die, die nicht im Verein aktiv sind), zum Beispiel durch abendliche Beleuchtung der Sportanlage am Westbad
- keine Hallengebühren für Sportvereine
- einen Sportentwicklungsplan für die Stadt Gießen
- einen Ökocheck für alle Sportanlagen durchführen

Die Möglichkeit, sein eigenes Leben aktiv und sinnhaft zu gestalten und am öffentlichen Leben teilhaben zu können, ist eine wichtige Voraussetzung körperlicher und seelischer Gesundheit. Hier an Verbesserungen zu arbeiten und möglichst vielen Menschen Teilhabe und Mitgestaltung zu ermöglichen, ist wesentliches Ziel grüner Sozial- und Gesundheitspolitik.

Insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren, gibt es häufiger Entwicklungsverzögerungen, Nichtinanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen und höhere Kariesquoten. Gesundheitsbezogene Informationen in Schulen und Kindertagesstätten rund um Ernährung, Zahnpflege, Verhalten bei Krankheit und so weiter werden immer wichtiger als Kompensation familiärer Defizite, die aus der Überforderung von Eltern resultieren.

Gesundheit für alle

Kinder aller sozialer Schichten leiden unter zunehmendem Bewegungsmangel und fehlendem kreativen Spiel. Ursache ist neben dem zu hohen Fernseh- und Computergebrauch auch eine nicht kindgemäße Umgebung, zu viel Verkehr, zu wenig oder zu stark strukturierte (=langweilige) Spielräume.

Jugendliche und Erwachsene sind heute wieder stärker von AIDS bedroht, da die nachlassende Aufklärung über Gefahren und Verhütung zu einer neuen Sorglosigkeit geführt haben.

Die Drogenkonsum-Gewohnheiten von Jugendlichen ändern sich. Heute sind Alcopops und neue chemische Drogen große Gefahren. Der Verharmlosung von THC-haltigen Drogen wie Cannabis bei Jugendlichen muss ausreichend begegnet werden.

Alkohol ist weiterhin die Droge Nr. 1 in unserer Gesellschaft und insbesondere bei Jugendlichen nimmt der Konsum zu. Auch die so genannte „Trinkerszene“ ist ein sozial- und gesundheitspolitisches Problem, das nicht mit Ordnungsmaßnahmen wie Gefahrenabwehrverordnung behoben werden kann.

Wir wollen:

- Bildungschancen für alle, denn Wissen macht stark
 - Förderung von Bildungsangeboten im frühen Kindesalter (Kita)
 - Förderung von Weiterbildungsangeboten
 - Lernen und Bildung im Alter
- Förderung der Vorsorgeuntersuchungen, speziell in sozial benachteiligten Stadtteilen (Zusammenarbeit mit Gesundheitsamt, Projekte im Kindergarten)
- die Zusammenarbeit von Frühförderung und Erziehungsberatungsstellen fördern, um frühzeitig Verhaltensstörungen von Vorschulkindern zu erkennen und zu behandeln
- dass Projekt "Gesundheitslotsen" der Integrationsbeauftragten unterstützen
- die AIDS-Hilfe weiterhin unterstützen
- die Drogenhilfe unterstützen, neue Präventionsangeboten für Jugendliche schaffen und das Beratungsangebot veränderten Konsumgewohnheiten anpassen
- niedrigschwellige Angebote speziell für chronische Alkoholikerinnen und Alkoholiker, z.B. aus der so genannten TrinkerInnenszene; wir werden zusammen mit den entsprechenden Beratungsstellen spezifische Hilfsansätze entwickeln.

ATTRAKTIVES GIESSEN

Gießen ist attraktiv als Stadt zum Wohnen und Arbeiten, aber auch für Gäste – beispielsweise zum Einkaufen, zur Besichtigung des historischen Gießens oder zum Besuch von Theater und Museen.

Werden die Finanzen knapp, dann wird zuerst an der Kultur gespart, denn sie scheint nicht lebenswichtig. Das ist ein Irrtum. Kultur schafft Lebensqualität, Kultur bringt Gäste nach Gießen. Ein attraktives Kulturangebot trägt dazu bei, dass Menschen nach Gießen ziehen, in Gießen bleiben oder Firmen in Gießen attraktive Arbeitsplätze schaffen.

Die Kulturlandschaft in Gießen ist vielfältig. Sie kommt völlig verschiedenen Interessen entgegen – Menschen, die sich in der klassischen Musik- und Theaterlandschaft wohl fühlen, werden genauso passende Veranstaltungen für sich entdecken können wie solche, die von Jazz, Weltmusik oder Popmusik schwärmen oder die modernes Theater oder zeitgenössische Kunst bevorzugen. Weit über die Grenzen Gießens hinaus bekannt sind das Mathematikum und das Liebigmuseum.

Diese vielfältige Landschaft in der Gießener Kulturszene zu erhalten und zu erweitern, sehen wir als eine wichtige Aufgabe.

Wir wollen:

- das Stadttheater als Drei-Sparten-Theater erhalten
- auch kleine Spartenprojekte weiter fördern, zum Beispiel Jokus, Ulenspiegel, Gießener Jazzinitiative, Open-Air-Kino, MUK oder solche Theater- und Musikgruppen, die in der Stadt ihr Debüt geben möchten, aber noch klein und unbekannt sind
- Projekte, die dem Fachgebiet Theaterwissenschaften entspringen, nach Möglichkeit fördern und dafür sorgen, dass diese Projekte weiterhin überall in der Stadt präsent und sichtbar sein können
- das Gießener Stadtfest als wichtigen Bestandteil des Kulturlebens fördern und dabei die Musik- und Theaterdarbietungen sowie nicht kommerzielle Angebote in den Vordergrund rücken

Kultur

Wir wollen

- die für Gießen wichtigen Kulturwochen auf dem Schiffenberg fortsetzen
- die Ausstellungskultur in Kongresshalle und Stadthaus erhalten, um bildende Kunst in Gießen zu präsentieren
- die Volkshochschule als Kulturträgerin für ein breites Bevölkerungsspektrum erhalten
- dass die Volkshochschulen von Stadt und Kreis stärker kooperieren, einen Zusammenschluss streben wir an
- die Stadtbibliothek als Kulturbeitrag in der Medienlandschaft erhalten und für alle Menschen zugänglich machen, auch für Menschen mit Behinderungen
- prüfen, ob weitere Festivals unter bestimmtem Schwerpunkt angeboten werden können
- größere Ausstellungen bildender Kunst in der Stadt präsentieren
- die Zusammenarbeit zwischen Universität und Kunst bzw. Kultur verdichten („Kunst und Kultur in der Uni“)
- Nachwuchskünstlerinnen und -künstler fördern
- die Miller-Hall (ehemalige Volkshalle) den Gießener Bürgerinnen und Bürgern wieder für Sport und Kulturveranstaltungen zur Verfügung stellen

JUNGES GIESSEN

In Kinder zu investieren muss eine Selbstverständlichkeit sein, denn eine kompetente, selbstbewusste und kluge nächste Generation ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kinder brauchen nicht nur ihre Eltern, sondern ein Gemeinwesen, das sich seiner Verantwortung ihnen gegenüber bewusst ist.

Wir möchten die Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, dass Menschen sich ihren Kinderwunsch erfüllen, dass Eltern Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Zeit für ihre Kinder so kombinieren können, wie es ihrer Vorstellung entspricht. Es ist eine demografische, aber auch eine demokratische Herausforderung, allen Kindern die gleichen Chancen zu geben und allen Erwachsenen zu ermöglichen, Familie und berufliche Entwicklung zu vereinbaren.

Leben und Arbeiten

Jedes Kind hat das Recht auf Zeit mit den Eltern, ebenso wie Mütter und Väter ein Recht darauf haben, gemeinsame Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Die

in einer Familie zu erledigende Arbeit besteht aus Erwerbsarbeit sowie Familien- und Haushaltsarbeit. Mehr Zeit für Kinder heißt deshalb, dass auch Vätern zunehmend die Möglichkeit eröffnet werden muss, ihre Erwerbsarbeit zu verringern, um in dieser Zeit Familien- und Hausarbeit leisten zu können.

Familienfreundliche Personalpolitik muss in Unternehmen Standard werden, zumal Untersuchungen belegen, dass sich solche Maßnahmen auch für die Betriebe rechnen.

Wir wollen:

- dass die Stadt und ihre Gesellschaften beispielhaft für familienfreundliche Personalpolitik werden
- für Gießener Unternehmen Beratungsmöglichkeiten zu familienfreundlicher Personalpolitik schaffen

Wohnen für Familien

Wir wollen Familien in der Stadt Wohnen, Leben und Arbeiten ermöglichen. Wir wollen, dass Wohngebiete genügend Spielplätze, Bolzplätze und Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf haben, optimal an Bus und Bahn angebunden sind und dass schnelle Fahrradwege zur Innenstadt, zu Schulen und zu Arbeitsplätzen führen. Wohnortnahe Kitas sind für uns eine Selbstverständlichkeit.

Im Neubaugebiet Schlangenzahl und Marburger Straße West wollen wir beispielhaft dieses Konzept umsetzen.

Wir wollen dort:

- ein Familienhaus mit
 - Kinderbetreuung für die Familien im Baugebiet, aber auch für Studierende und Beschäftigte der Universität (besonders des naturwissenschaftlichen Campus)
 - einer Generationen übergreifenden Begegnungsstätte, in der Unterstützungsnetzwerke geknüpft werden können.

Mehr dazu lesen Sie im Kapitel Lebenswertes Giessen ab Seite 3.

Bildung vor und nach der Einschulung

In dem Maße, in dem in unserer Gesellschaft Wissen zum Schlüssel für die beruflichen Chancen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten wird, gewinnen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zentrale Bedeutung.

Die ungleiche Verteilung von Bildungschancen in Deutschland, wie sie sich in der Pisa-Studie erneut gezeigt hat, verstärkt daher die soziale Ungleichheit und lässt die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufgehen. Dieser Entwicklung wollen wir auch auf kommunaler Ebene entgegenwirken.

Kindertagesstätten: Bildungsstätten und Betreuungsstätten

Die Pisa-Studie hat gezeigt, wie entscheidend die soziale Herkunft für die Bildungs- und Berufschancen von Kindern ist. Unsere Wissensgesellschaft braucht gut ausgebildete junge Menschen, die auf dem späteren Arbeitsmarkt bestehen können. Damit Kinder besser gefördert werden als bisher, muss der Bildungsauftrag neben der Betreuungs- und Erziehungsaufgabe in Kindertagesstätten/Kindergärten ein stärkeres Gewicht erhalten. Altersgemäße Bildung zur Persönlichkeitsentwicklung, adäquate Förderung der Sprachkompetenz und des interkulturellen Verständnisses sind dabei wichtige Bausteine des gemeinsamen Lernens. Gerade Kitas, die geprägt sind durch einen hohen Anteil von Kindern aus armen oder von Armut bedrohten Familien und Kindern mit Migrationshintergrund sollen in dieser Hinsicht kommunal besser gefördert werden. Wir wollen allen Kindern optimale Startchancen verschaffen..

Wir wollen:

- kleinere Gruppengrößen durch Ausweitung der Betreuungsschlüssel insbesondere in Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer oder armutsgefährdeter und dadurch in ihrer Entwicklung bedrohter Kinder
- vermehrte Fort- und Weiterbildung für ErzieherInnen
- keine Verschulung des Kindergartens

Wir wollen, dass Kindertagesstätten verstärkt in die Lage versetzt werden, eine gefährdete Entwicklung von Kindern in körperlicher, sprachlicher, motorischer und

Fördern und
Gefahren erkennen

psychosozialer Hinsicht zu erkennen und ihr entgegenzuwirken. Dazu ist eine verstärkte Förderung präventiver kindzentrierter Angebote notwendig. Um Fehlentwicklungen in der Familie zu vermeiden, sollte eine unterstützende Elternarbeit vor Ort angeboten werden. Dazu **wollen wir**:

- gezielt in sozial benachteiligten Stadtteilen die Zusammenarbeit von Kitas mit Gesundheitsamt und mit KinderärztInnen stärken
- die Eltern mit „Elternschulen“ unterstützen
- die Zusammenarbeit zwischen Kitas, Frühförderung der Lebenshilfe sowie Erziehungsberatungsstellen und KindertherapeutInnen fördern (z.B. durch regelmäßige Sprechstunden der Beratungsstellen in den Kitas)

Kindertagesstätten sind neben Bildungseinrichtungen auch professionelle und verlässliche Betreuungseinrichtungen. Die Angebote sind so flexibel auszugestalten, dass sie den verschiedenen Anforderungen der Familien gerecht werden und eine möglichst große Wahlfreiheit für die Familien offen lassen.

In enger Abstimmung mit der Gesellschaft für Integration und Arbeit (GIAG) muss ein Betreuungsangebot geschaffen werden, das insbesondere Alleinerziehenden eine Berufstätigkeit ermöglichen.

Wir wollen:

- vielfältige Betreuungsangebote in ausreichender Zahl und in Arbeitsplatznähe mit flexiblen Öffnungszeiten
- Angebote zur Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren und für Kinder an allen Grundschulen
- mehr Ganztagsangebote für Kindergartenkinder, damit Eltern Familie und Arbeit besser vereinbaren können
- die Arbeit von Tagesmüttern und -vätern weiterhin unterstützen, indem wir ihre Qualifizierung fördern und für eine angemessenen sozialrechtliche Absicherung sorgen
- kostenlose Kinderbetreuung
- einkommensabhängige Beiträge, so lange die Stadt die kostenlose Kinderbetreuung nicht finanzieren kann

Professionelle und verlässliche Betreuungsinrichtungen

Schulen: Zeit zum Lernen

Bildung entscheidet in unserer Gesellschaft maßgeblich über die Zukunftschancen der Menschen. In unserer Wissensgesellschaft ist Bildung die Grundvoraussetzung für die Gestaltung des eigenen Lebens sowie für den gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt. Die Folgen von ungleichen Bildungschancen sind ungleiche Lebensbedingungen.

Die internationale Vergleichsstudie PISA und weitere Studien haben zum Vorschein gebracht, dass unser Schulwesen bei weitem nicht so gut ist, wie wir es lange Zeit selbst angenommen haben. Vor allem wurde deutlich, dass soziale Herkunft den Bildungserfolg in Deutschland so sehr bestimmt wie in keinem anderen Land, das untersucht wurde. Ebenso findet die Einwanderung nach Deutschland keinen Niederschlag in der Bildungspolitik. Dabei bleiben die Chancen vieler Kinder und Jugendlicher ungenutzt.

Wenn wir von den Ländern lernen wollen, die im Rahmen der PISA-Studie besser abgeschnitten haben, dann müssen wir dafür sorgen, dass Kinder sehr viel stärker und frühzeitig individuell gefördert werden, um die Unterschiede in der familiären Förderung und insbesondere der sprachlichen Entwicklung auszugleichen. Wir müssen weiter dafür sorgen, dass unsere Kinder länger gemeinsam lernen können, weil das Lernen in heterogenen Gruppen erfolgreich die Bildungskompetenzen fördert. Auch die bessere Zusammenarbeit von Schulen und Kindertagesstätten wird die Bildungschancen vieler Kinder deutlich verbessern.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Bildungspolitik,

- die zukunftsfähig ist und jeder und jedem die Teilhabe an Bildung ermöglicht;
- die Förderung und Bildung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von der sozialen Herkunft garantiert;
- die individuell fördert und kein Kind zurücklässt;
- die die bisherige und künftige Migration berücksichtigt;
- die der Bildung Priorität im Haushalt einräumt.

Lernen braucht vor allem Zeit. Wir brauchen in den Schulen Freiräume für mehr individuelle Förderung, aber auch Freiräume für die Entwicklung sozialer Beziehungen und für vielfältige gemeinsame Aktionen von Schülerinnen und Schülern.

Lernen braucht Zeit

Deshalb wollen wir die Möglichkeiten schaffen, dass sich viele Schulen zu Ganztagschulen entwickeln können. Die Ausweitung der Bildungs- und Betreuungszeiten ist aber auch nötig, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu eröffnen.

Mit Ganztagschulen, die großen Wert auf individuelle Förderung legen, können die traditionellen und ideologisch überhöhten Gegensätze zwischen „integriertem“ und „dreigliedrigem“ Schulsystem nach und nach abgebaut werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass Schule auch ein Ort des Lernens von Dialog und Kommunikation ist, wo Probleme aufgegriffen und angesprochen und nicht totgeschwiegen werden. So kann es gelingen, die Gewalt an den Schulen zurückzudrängen und soziale Konflikte zu bewältigen.

Die Gießener Schullandschaft ist in den vergangenen Jahren in eine deutliche Schieflage geraten. Die Probleme sind zum Teil durch die Politik der Regierungskoalition in Gießen und zum Teil durch die Schulpolitik der CDU-Landesregierung entstanden:

- die neu eingerichteten Gymnasien sind durch den Zustrom von Kindern aus dem Kreis überlaufen
- die Haupt- und Realschule in der Nordstadt darf aufgrund mangelnder Nachfrage nicht weitergeführt werden
- die Förderstufe an der Pestalozzischule ist von der Schließung bedroht, die Förderstufe an der Ludwig-Uhland-Schule ist bereits eingestellt
- die Gesamtschulen in den Stadtteilen Klein-Linden und Wieseck sind durch die Vorgaben der Landesregierung mittelfristig in ihrem Bestand bedroht
- die einzige integrierte Gesamtschule, die Ostschule, platzt aus allen Nähten, kein Wunder, denn nur hier ist es möglich, den gymnasialen Bildungsweg über neun Jahre zu gehen, was vielen Schülerinnen und Schüler eher entspricht
- die kooperative Gesamtschule Ricarda-Huch muss gegen den erklärten Elternwillen die G8-Regelung (Verkürzung des gymnasialen Bildungswegs) umsetzen, was den Zustrom zur Ostschule weiter verstärkt. Niemand weiß, wie sich diese zwangsweise Verkürzung der Gymnasialzeit auf die Schülerinnen und Schüler auswirken wird

Über Jahrzehnte gehörte es auch zur Schulstruktur, dass Schülerinnen und Schüler aus den Umlandgemeinden des Kreises nach Durchlaufen der wohnortnahen Ge-

**Gießener
Schullandschaft**

samtschule auf eine Gießener Stadtschule wechselten, wenn sie Abitur machen wollten. So hat sich in Gießen ein differenziertes Angebot an Gymnasialen Oberstufen entwickelt.

Die Veränderungen in der Schullandschaft, die Einführung der G8-Regelung und öffentliche Mitteilungen Gießener Schulen, die Aufnahme in die Oberstufe nicht mehr zu garantieren, führen dazu, dass Familien verunsichert sind und denken, ihr Kind könne nur noch Abitur machen, wenn es nach der 4. Klasse direkt auf ein Gießener Gymnasium wechselt. So entstand der Eindruck, dass für Schülerinnen und Schüler aus Gesamtschulen des Landkreises ein reibungsloser Übergang auf eine Gießener Oberstufe nicht mehr gewährleistet sei.

Deshalb wollen wir:

- die Förderung einer engen Zusammenarbeit jeder Grundschule mit den umliegenden Kindertagesstätten, damit die vorschulische und schulische Bildung verzahnt werden können
- die Entwicklung von gemeinsamen Betreuungskonzepten im Verbund von Kindertagesstätten und Grundschulen mit Unterstützung der Kommune
- dass im Rahmen einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung von Stadt Gießen und Landkreis Gießen eine qualifizierte Schulbildung für alle ermöglicht wird
- mit festen Kooperationen zwischen den Kreis-Schulen und den Stadt-Schulen für den reibungslosen Übergang in die gymnasialen Oberstufen sorgen
- die G9-Regelung für die kooperative Gesamtschule Ricarda-Huch
- eine weitere integrierte Gesamtschule einrichten, wenn eine Schulgemeinde dies wünscht
- Ganztagsangebote in allen Schulformen
- mehr Entscheidungsfreiheit für die Schulen, z.B. durch die Ausweitung der Schulbudgets
- die Schulformvielfalt erhalten, um so dem Elterwillen Rechnung zu tragen
- die Weiterentwicklung der Förderschulen sowohl in Bezug auf ihre Beratungstätigkeiten für die Regelschulen als auch in Bezug auf die gezielte, individuelle Förderung derjenigen, die ein besonderes Unterstützungssystem brauchen
- die Kooperationen mit Vereinen, Jugendhilfeeinrichtungen u.ä. unterstützen
- die Schulsozialarbeit in jeder Schule zur Regel machen, um präventiv gegen Gewalt an Schulen zu arbeiten

- das Gewalt-Präventionsprogramms der Arbeitsgruppe gegen Gewalt an Schulen (AGGAS) fortführen und ausbauen
- bei Neu- und Umbauten behindertengerechte Ausführungen
- eine Gestaltung von Pausenhöfen, die dem Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen gerecht werden und Betätigung fördern

Freizeit ist soziale Zeit

Außerhalb der Schulzeit bieten Vereine ein breites Angebot für Kinder und Jugendliche. Dazu zählt auch die soziale Gemeinwesenarbeit. Gerade Kinder aus benachteiligten Familien haben hier die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln.

Wir wollen:

- Vereinsförderung und soziale Gemeinwesenarbeit als ein Kennzeichen Gießener Sozialpolitik erhalten

Lesen Sie dazu auch Gerechtes Gießen ab Seite 32.

Studierenden Leben oder Leben im Studium

Gießen ist eine Universitätsstadt. Etwa 30.000 Studierende zieht es in unsere Stadt, um hier in erster Linie zu studieren, aber natürlich auch, um in Gießen zu wohnen und zu leben. Diesem besonderen studentischen Charakter unserer Stadt wollen wir in vielerlei Hinsicht Rechnung tragen.

Das erste Problem, auf das viele Studierende in Gießen treffen, ist die Wohnungssuche, da unter anderem die Studierenden-Wohnheime lange Wartelisten haben. So ist es oftmals gerade für ausländische Studierende ein großes Problem, überhaupt erst einmal eine (kostengünstige) Wohnung zu finden.

Wir wollen:

- Gießen auch in wohnlicher Hinsicht attraktiver gestalten, indem wir den Abzug der amerikanischen Truppen und die damit frei werdenden Flächen für neue Wohnkonzepte nutzen, die studentisches Wohnen integrieren (siehe Schwerter zu Pflugscharen, Kasernen zu Wohngebieten auf Seite 6)

**Kostengünstige
Wohnungen**

Mit dem Wohnen ist direkt der Aspekt der verkehrlichen Anbindung verbunden. Diese wirkt maßgeblich auf die Attraktivität des Wohnortes ein. Dabei setzen wir einen besonderen Akzent auf die kostengünstigen und von Studierenden stark genutzten Verkehrsträger Fahrrad und Bus.

Wir wollen:

- nachhaltige und gesundheitsfördernde Mobilität stärken durch den Ausbau der Infrastruktur für RadfahrerInnen mit einem speziellen Fokus auf studentische Wege
- mehr Fahrradabstellanlagen an den Einrichtungen der Hochschulen
- ein gut ausgebautes und vernetztes System von Bussen und Bahnen unter Berücksichtigung studentischer Bedürfnisse
- einen Stadtplan mit Radrouten und Buslinien, der an alle neuen Studierenden in Gießen kostenlos verteilt wird
- Mobilitätszentralen zum Beispiel durch Informationskampagnen unterstützen und ebenso eine intelligentere Autonutzung durch CarSharing und Mitfahrzentralen
- ein Nachtverkehrsangebot, das gerade für Studierende interessant ist

Siehe auch Mobiles Gießen ab Seite 9.

Auf der einen Seite existieren einige kulturelle Angebote in Gießen, die vom Open-Air-Kino bis zum städtischen Theater reichen. Auf der anderen Seite sind wir aber der Meinung, dass in einer Universitätsstadt wie Gießen in kultureller Hinsicht noch einiges ausgebaut und verbessert werden kann.

Wir wollen, dass Studierende nicht nur zum Studieren nach Gießen kommen und sich zum Wochenende wieder in die Heimat verabschieden. Deswegen stehen wir für ein vielseitiges, attraktives Kulturangebot, das sich an den unterschiedlichen Interessen der Studierenden orientiert. Dafür setzen wir an verschiedensten Stellen an.

Wir wollen:

- das MuK, das sich schon in der Vergangenheit durch seine Vielfältigkeit ausgezeichnet hat, gezielt unterstützen; das gleiche gilt für Projekte wie im Jokus, im Ulenspiegel oder der Gießener Jazzinitiative

Fahrrad und Bus**Kulturelle Angebote**

- Aktionen und Veranstaltungen, die dem Fachgebiet Theaterwissenschaften entstammen, nach Möglichkeit fördern
- uns dafür einsetzen, dass weitere Festivals in Gießen stattfinden, wie die MTV-Campus-Invasion
- größere Ausstellungen bildender Kunst in der Stadt präsentieren
- die Zusammenarbeit zwischen Universität und Kunst bzw. Kultur verdichten
- Nachwuchskünstlerinnen- und künstler fördern
- die für Gießen wichtigen Kulturwochen auf dem Schiffenberg fortsetzen
- das Gießener Stadtfest als wichtigen Bestandteil des Kulturlebens fördern und dabei die Musik- und Theaterdarbietungen in den Vordergrund rücken
- mehr Uni-Partys ermöglichen; bislang wird aufgrund des Protestes des Gaststättenverbands nur eine begrenzte Anzahl von Uni-Partys erlaubt. Wir wollen zurück zu dem alten status quo, nach dem jede Fachschaft eine Uni-Party veranstalten kann.
- Räumlichkeiten, die beispielsweise für Konzerte oder Partys genutzt werden können, zur Verfügung stellen

Die Justus-Liebig-Universität und die Fachhochschule Gießen-Friedberg haben sich zum Ziel gesetzt, familienfreundliche Hochschulen zu sein. Unter anderem sollen die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Studierenden flexibler und insgesamt verbessert werden. Für dies Projekte wird die Unterstützung des Stadt benötigt.

Wir wollen:

- dass Kinder von Studierenden der Gießener Hochschulen, die in den Umlandgemeinden wohnen, die Kindertagesstätten der Stadt Gießen zu den gleichen finanziellen Konditionen besuchen können wie die städtischen Kinder
- die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten flexibel auch auf studentische Bedürfnisse einrichten
- den Bau eines Familienhauses im Neubaugebiet Schlangenzahl, das bereits in der Planung spezielle Angebote für Studierende und deren Kinder vorsieht

**Familienfreundliche
Hochschule**

GERECHTES GIESSEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Sozialpolitik ein, die dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes verpflichtet ist. Dies bedeutet sozialer Ausgleich und Solidarität in der Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Teilhabe muss für alle Menschen auch materiell möglich sein, damit eine Stadt in sozialem Frieden leben kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb eine umsichtige Sozialpolitik, damit alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, am städtischen Leben teilzuhaben. Begegnungen der unterschiedlichen Gruppen, Ethnien, Generationen und Welten sollen möglich sein.

Gießen stand und steht vor besonderen Herausforderungen. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, soziale Ungerechtigkeit auszugleichen, alle gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren und eine solidarische Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Dabei versteht sich grüne Politik als Motor einer urbanen und sozialen Stadtgesellschaft.

In Gießen ist ein soziales Netz gewachsen, das weitgehend dafür verantwortlich ist, dass weniger Straßenkriminalität und weniger offene Verwahrlosung herrschen als in anderen Städten ähnlicher sozialer Struktur. Wir wollen dieses soziale Netz erhalten und weiterentwickeln.

Ursachen sozialer Probleme

Gießen ist eine Stadt mit besonderen sozialen Problemen, von denen hier nur die wichtigsten in Stichpunkten benannt werden sollen:

- In den vergangenen Jahren sind viele industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze weggefallen. Dadurch besteht schon seit vielen Jahren eine hohe Arbeitslosigkeit. Im 1. Quartal 2004 waren etwa 17.000 Personen beim Arbeitsamt als Arbeit suchend gemeldet. Dadurch ist der Anteil der Menschen, die Sozialhilfe oder jetzt auch Arbeitslosengeld II (ALG II) beziehen, mit etwa 12 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner deutlich höher als in anderen Universitäts- oder Mittelstädten.
- Auf Grund der Lage in der Mitte Deutschlands, der Nähe zur Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und der großen Universität besteht in Gießen auf

Grund der relativ hohen Zahl der MigrantInnen ein besonderes Integrationsproblem. Menschen aus über 120 Nationen wohnen in Gießen!

- Besonders hoch ist auch der Anteil Alleinerziehender, in Gießen sind dies fast ein Drittel aller Familien (in Hessen nur ein Fünftel). Diese Personengruppe kann oft ihren Unterhalt nicht durch Beruf und Arbeit sichern und ist auf staatliche Leistungen (Sozialhilfe, ALG II) angewiesen.

Zu diesen historisch gewachsenen, strukturellen Problemen Gießens kommen noch besondere Belastungen für das soziale Gefüge hinzu, die sich in Zukunft verstärken werden und von denen ebenfalls nur die drei wichtigsten benannt werden sollen:

- Der Veränderungsdruck, der von den *Globalisierungstendenzen* der Weltwirtschaft ausgeht, wird weiter immense Veränderungen der sozialen Systeme einfordern. Diese Forderungen bedeuten oftmals den Abbau und die Beschneidung sozialer Rechte Schwächerer, die nicht oder nicht im notwendigen Umfang an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Dies bedeutet aber auch eine immer weiter voranschreitende Spaltung der Gesellschaft und die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen.
- Der *demografische Wandel* wirkt sich sozialpolitisch vor allem auf zwei Felder aus:
 - Die Zunahme von älteren, oft pflegebedürftigen, Menschen und Menschen mit Behinderungen wird den sozialen Ausgleich durch die Belastung der jüngeren und mittleren Generation auf eine große Probe stellen.
 - Es wird immer weniger Kinder geben bei gleichzeitig wachsendem Bedarf an qualifizierter Kinderbetreuung.
- Zuwanderung wird eher zu- als abnehmen und muss kommunal gestaltet werden: durch Integrationsangebote und öffentlichen Dialog.

Besonderer Schutz für Kinder

Kinder und Jugendliche in Gießen sind von Armut am stärksten betroffen. Lokale Armutsprävention muss in erster Linie bei der Kinderbetreuung ansetzen, um familiäre Defizite auszugleichen und Chancengleichheit zu gewährleisten. Dazu kommt die soziale Gemeinwesenarbeit, ein Kennzeichen Gießener Sozialpolitik. Ursprünglich in so genannten sozialen Brennpunkten (Margaretenhütte, Eulenkopf, Gummiinsel) beheimatet, hat sie sich zu einer vorbildlichen Stadtteilarbeit (Nord- und Weststadt) weiterentwickelt.

Wir wollen:

- die soziale Gemeinwesenarbeit als ein Kennzeichen Gießener Sozialpolitik erhalten und verstärken
- eine verstärkte Investition in deutlich erweiterte, qualitativ hochwertige sowie quartiersnahe Kinderbetreuungsangebote (siehe auch Junges Giessen ab Seite 22)
- besondere Anstrengungen, um die Gesundheit von Kindern aus benachteiligten Familien zu bewahren (siehe dazu Gesundes Giessen ab Seite 13)

Jugendhilfe: Prävention statt Reparatur

Steigende Kosten im Bereich der Jugendhilfe sind die direkte Folge gesellschaftlicher Entsolidarisierungs- und Verarmungsprozesse. Auf kommunaler Ebene kann man dieser Problematik deshalb nicht durch Kostensenkungsmaßnahmen beikommen, sondern nur durch zunehmend differenzierte und integrierende Ansätze der kommunalen Jugendhilfe und durch erweiterte sozialpolitische Maßnahmen (zum Beispiel Gemeinwesenarbeit, siehe oben).

Wir wollen:

- flexible und differenzierte Angebote von familienunterstützenden Diensten (sozialpädagogische Familienhilfe, heilpädagogische Tages- und Wochengruppen etc.)
- Evaluation von Jugendhilfemaßnahmen (qualifizierte Jugendhilfeplanung)
- verstärkte Zusammenarbeit von Jugendhilfe, schulpädagogischem Dienst, Förderschulwesen, Eingliederungshilfe, beratenden Diensten und auch von freien Trägern (zum Beispiel in einem Zentrum für Erziehungs-, Beratungs- und Eingliederungshilfe)
- deutliche Verstärkung der Unterstützung und Qualifizierung von Pflegefamilien (z.B. Supervision, regelmäßige kostenlose Fortbildung, Organisation von Netzwerktreffen und Selbsthilfegruppen)

Migrantinnen und Migranten

Sprachprobleme erweisen sich als größtes Hemmnis bei der Integration von Migrantinnen und Migranten und tragen unter anderem dazu bei, dass Migrantinnen und Migranten ein höheres Armutsrisiko tragen.

Wir wollen:

- ein neues Konzept für nach Gießen ziehende Familien ausländischer Herkunft; dazu soll das seit Jahren in Zusammenarbeit mit dem Kreissozialamt laufende Projekt „Integrationslotsen“ geprüft werden, das wesentlich zur Unterstützung und Erstbegleitung neu ankommender AussiedlerInnen-Familien beiträgt und gleichzeitig die Verwaltung entlastet
- mehr kostenlose und wohnortnahe Sprachkurse und besondere Alphabetisierungskurse mit Werbung dafür in verschiedenen Sprachen und abgestimmt auf verschiedene kulturelle Zugänge
- die Ausländerbehörde von einer reinen Ordnungsbehörde zu einer Dienstleistungsbehörde verändern und zum Beispiel Sprechzeiten in Räumen der Universität als Angebot für ausländische Studierende und Lehrende anbieten
- ein eigenständiges Antragsrecht für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung
- Weiterbildung für alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz

Höhere Lebenserwartung, bessere Bildung, größere Mobilität und auch steigende Alterseinkommen haben die Lebenssituation alter Menschen positiv verändert. Da versorgende Familienstrukturen in Zukunft immer weniger vorhanden sein werden, steht die Gesellschaft vor neuen Aufgaben. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Menschen auch im Alter ein Leben in Würde und Selbstständigkeit sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Grundlage dafür ist eine fundierte Altenhilfeplanung in den Kommunen. Deshalb soll der Altenhilfeplan laufend fortgeschrieben werden. Wir unterstützen alle Formen der aktiven Lebensgestaltung wie zum Beispiel Seniorengenossenschaften und Generationen übergreifende Projekte.

Auch im Fall der Pflegebedürftigkeit ist es der Wunsch der meisten alten Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Die Versorgungsstrukturen müssen so gestaltet werden, dass dieser Wunsch berücksichtigt wird. Dazu ist es notwendig, möglichst flexible Betreuungs- und Versorgungsformen zu schaffen, von der ambulanten Betreuung zuhause bis zur vollstationären Pflegeeinrichtung. Die Stadt muss hier vernetzend und beratend tätig

Alte Menschen

werden, um dieses Angebot zusammen mit freien Trägern und Einrichtungen sicherstellen zu können.

Hierfür ist es vorrangig, dass ein ausreichendes Angebot an seniorengerechten Wohnungen geschaffen wird. Das Beratungsangebot für ältere Menschen muss transparenter werden. Durch eine einheitliche Telefonnummer können alle Informationen abgefragt werden über ambulante Pflegedienste, Vermittlung von Pflegebetten, psychosoziale Betreuungsinstitutionen, genossenschaftliche Modelle der Pflege sowie Angebote zur Freizeitgestaltung oder des ehrenamtlichen Engagements.

Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs auf Leben und Sterben in Würde unterstützen wir die Hospizbewegung. Ambulante und stationäre Hospizdienste haben Anspruch auf eine angemessene Förderung ihrer Arbeit.

Wir wollen:

- ein ausreichendes Angebot an seniorengerechten Wohnungen (siehe auch Lebenswertes Giessen ab Seite 3)
- Modellprojekte für Generationen übergreifendes Wohnen fördern (siehe auch Lebenswertes Giessen ab Seite 3)
- ein Servicebüro für altersgerechtes Wohnen sowie für Pflege- und Hilfsdienste
- eine angemessene Unterstützung für die Arbeit von ambulanten und stationären Hospizdiensten

Menschen mit Behinderungen

Nicht Fürsorge des Staates allein, sondern gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist unser Ziel. Die Zahl der auf Hilfe angewiesenen Menschen mit Behinderungen nimmt stetig zu.

Für diese Menschen sind flexible und den Bedürfnissen eng angepasste Betreuungsformen zu entwickeln und auszubauen. Dazu bedarf es einer engen Abstimmung und Kooperation mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe.

Wir wollen:

- die wohnortnahe Integration von Kindern mit Behinderungen in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ausbauen
- ein System individueller Betreuungsbudgets für Menschen mit Behinderungen

- bei städtischen Planungen, in Bussen und Bahnen sowie im Straßenverkehr die Belange von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen
- Gießen barrierefrei

Der Gießen-Pass erleichtert es Menschen mit geringem Einkommen, am öffentlichen Leben teilzunehmen und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Wir wollen:

- den Gießen-Pass erhalten und seine Nutzungsmöglichkeiten verbessern und erweitern

Auch in Zeiten der Hartz-Gesetze und der gravierenden Veränderungen im kommunalen Bereich (keine Zuständigkeit der Stadt mehr für Sozialhilfe- und ALG II-Bezieher) darf sich die Stadt nicht aus einer aktiven Arbeitsmarktpolitik herausziehen.

Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ geht es darum, intensiv auf die Potentiale und Probleme von erwerbslosen Frauen und Männern, Jugendlichen und älteren ArbeitnehmerInnen mit und ohne Migrationshintergrund einzugehen, dabei sind die familiären Verpflichtungen gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Familienangehörigen zu beachten.

Kommunalpolitischer Handlungsbedarf besteht nach unserer Auffassung vor allem gegenüber folgenden Zielgruppen:

- Alleinerziehenden, die mit ihren Kindern auf laufende Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen sind
- Frauen nach der Familienphase
- älteren Menschen über 45 Jahren
- Jugendlichen unter 25 Jahren, denen der Übergang ins Ausbildungssystem und/oder in den Arbeitsmarkt bisher nicht gelungen ist

Das Kardinalproblem liegt in aller Regel nicht in der fehlenden Mitwirkungsbereitschaft der erwerbslosen Frauen und Männer in Gießen, sondern in der anhaltenden

Gießen-Pass

Arbeitsmarktpolitik

Erosion von Erwerbsarbeitsplätzen für Nicht- oder Geringqualifizierte, vor allem in den industriellen Fertigungsbereichen.

Wichtig sind für alle genannten Zielgruppen geeignete Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, weil sonst ihre Chancen am Arbeitsmarkt immer geringer werden. Für Problemgruppen müssen gegebenenfalls dauerhafte Beschäftigungshilfen für den zweiten Arbeitsmarkt eingerichtet werden, was sich positiv auf ihre Alterssicherung auswirkt, aber auch auf ihre gesundheitliche Verfassung.

Wir wollen:

- Einrichtungen wie das Zentrum für Arbeit und Umwelt (ZAUG), die Initiative Jugendberufshilfe (IJB), die Jugendwerkstatt oder die Arbeitslosenhilfe e.V. Gießen weiterhin finanzieren

Lesben und Schwule

Lesbische und schwule BürgerInnen in Gießen sind meist noch benachteiligt gegenüber Heterosexuellen. Diskriminierung am Arbeitsplatz, in Schulen und im kulturellen Leben sind keine Seltenheit. Es gibt wenige Beratungsstellen, Vereine und kulturelle Angebote für Lesben und Schwule. Weiterhin sind Lesben und Schwule, die in binationalen Partnerschaften leben, Schwierigkeiten ausgesetzt.

Wir wollen:

- Benachteiligung in Gießen auf Grund der sexuellen Orientierung abbauen
- uns dafür einsetzen, dass Lesben und Schwule in Gießen nicht mehr diskriminiert werden
- die bestehenden Gießener Vereine, Organisationen und kulturellen Gruppen unterstützen, sowie die Neuentstehung von Vereinen fördern
- mehr Aufklärung in den Gießener Schulen, der Justus-Liebig-Universität, in der FH Gießen-Friedberg und im alltäglichen Leben
- uns dafür stark machen, dass Homosexuelle Kinder adoptieren dürfen
- in Gießen lebende „Regenbogenfamilien“ unterstützen
- die Ausländerbehörde in Gießen auffordern, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Zusammenleben binationaler gleichgeschlechtlicher Paare zu ermöglichen
- darauf drängen, dass die Stadt Gießen ehrenamtliches Engagement im lesbisch-schwulen Bereich fördert und auch bei Ehrungen berücksichtigt
- dass alle städtischen Ämter ihre Texte und Formulare auf entsprechende diskriminierende Formulierungen hin überprüfen und gegebenenfalls auch ändern

EMANZIPIERTES GIESSEN

Ohne Quote

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der von der Quotenregelung nicht mehr die Rede ist, für eine Gesellschaft, in der die Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen zwischen Männern und Frauen ehrlich verteilt ist. Wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Männer und Frauen erreichen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Einrichtungen wie „Wildwasser“ oder „Unvergesslich weiblich“ nicht mehr gebraucht werden. Wir wollen, dass „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in keinem Programm mehr stehen muss. Dafür werden wir kämpfen und arbeiten.

Auf dem Weg dahin **wollen wir:**

- eine geschlechterbewusste Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen (Selbstwertstärkung; friedliche Konfliktlösung; Lebens- und Familienplanung mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung)
- eine geschlechterbewusste Aus- und Weiterbildung von kommunalen Akteurinnen (im Sinne von Gender Mainstreaming)
- geschlechtergerechte Budgetverhandlungen und -entscheidungen;
- die Entwicklung von Evaluationsverfahren zur Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen kommunalpolitischer Maßnahmen

Die Möglichkeit eines Wiedereinstiegs oder eines Einstiegs in befriedigende und qualifizierende Berufe bleibt den Personen oft verwehrt, die eigene Kinder betreuen. Meistens sind das die Mütter und oft alleinerziehende Frauen.

Wir wollen:

- die Wiederaufnahme von Projekten wie Zela, die es Mädchen einfacher machen, in männlich dominierte Berufe einzusteigen oder entsprechende Abschlüsse nachzuholen
- weiter qualifizierende Ausbildungsmöglichkeiten
- ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung (siehe auch Junges Giessen ab Seite 22)

Ohne Gewalt

Jegliche Form von Gewalt gegen Frauen muss gesellschaftlich verurteilt und bestraft werden. Sexistische Äußerungen und sexuelle Belästigung dürfen nicht länger als so genannte Kavaliersdelikte abgetan werden.

Das Thema Gewalt gegen Frauen ist nicht nur ganz handgreiflich zu begreifen, sondern auch strukturell. Die Bekämpfung dieser Gewalt ist ein wichtiges Thema. Freiheitsberaubung und physische Gewalt sind niemals zu rechtfertigen, auch nicht mit Traditionen (zum Beispiel bei Zwangsverheiratungen).

Zum Schutz vor Gewalt **wollen wir:**

- das Frauennachttaxi wieder einrichten
- eine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser, damit der Nachfrage entsprochen werden kann
- die Oase, das Haus für wohnungslose Frauen, bedarfsgerecht ausstatten
- „Unvergesslich weiblich“, und „Wildwasser“ mehr städtische Zuschüsse geben
- eine Anlaufstelle für ausländische Frauen, die neben Beratung und Hilfe auch die Verhandlung mit Ausländerbehörde, Polizei, Justiz etc. übernimmt und parteilich für die Frauen arbeitet
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen aus anderen Ländern, die beispielsweise aufgrund falscher Versprechungen und unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Lage Opfer von Menschenhändlerinnen und Menschenhändlern wurden und sich teilweise illegal in der Bundesrepublik bzw. in Gießen aufhalten

SOLIDES GIESSEN

Vorteile der Universität nutzen

Gießens wichtigste Wirtschaftsfaktoren sind die Universität mit ihren etwa 22.000 Studierenden (siehe auch Junges Giessen ab Seite 22) und das Universitätsklinikum - Standort Gießen, die zusammen 6.000 Personen beschäftigen. Gießen hat seine Stärken in Forschung und Wissenschaft. Viele Absolventen der Universität haben sich in Gießen selbständig gemacht. Die rot-grüne Koalition bis 2001 hat bereits Konzepte entwickelt, den Technologietransfer zu unterstützen. So bietet das Europa-Viertel für Existenzgründer ein günstiges Umfeld zum Einstieg in die Selbstständigkeit.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist für uns eine vernünftige Stadtentwicklungs- und Haushaltspolitik, die Rahmenbedingungen für eine attraktive Stadt setzt. Wirtschaftsförderung muss die Potentiale der Region erkennen und deren gezielte Nutzung im Sinne einer Clusterbildung vorantreiben. Für die Region bietet sich der universitäre Schwerpunkt Lebenswissenschaften als sinnvolle Ergänzung und Erweiterung des Branchenclusters im Europaviertel an (siehe Lebenswertes Giessen ab Seite 3).

Ein weiterer starker Wachstumsmarkt ist das Gesundheitswesen und die mit ihm verbundenen Wirtschaftszweige. Durch die geänderten gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen gibt es in der Gesundheitsbranche einen starken Trend, sich neu auszurichten, indem sich die unterschiedlichen GesundheitsdienstleisterInnen – wie ambulant tätige ÄrztInnen und Krankenhäuser, Apotheken, Rehabilitationseinrichtungen, Pflegedienste und -heime, MedikalproduktHerstellerInnen, Pharmaunternehmen, Medizingeräteproduzenten, Krankenversicherer und Forschungseinrichtungen zunehmend als die „Gesundheitswirtschaft“ verstehen.

Mit dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg, über 30 weiteren Krankenhäusern mit stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgung sowie einer guten, teilweise bereits vernetzten ambulanten Versorgungsdichte bietet unsere Region hervorragende Voraussetzungen. Die Stadt darf diese Entwicklung nicht verschlafen und muss sich frühzeitig durch gezielte Werbung und Präsentation als Standort in diesem Wirtschaftsmarkt anbieten.

Um die Bereiche Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und Tourismus der Stadt Gießen zu stärken, müssen die bereits vorhandenen Aktivitäten des Magistrats und der privaten Akteure wie IHK, die Kreishandwerkerschaft, die Hochschulen, Banken und sonstigen Dienstleister koordiniert und vernetzt werden. Die Initiative von Gießen Aktiv, bereits Vorhandenes zusammenzuführen, weist hier in die richtige Richtung.

Wir wollen

- die Potentiale der Hochschulen verstärkt nutzen
- die Clusterbildung im Bereich der Lebenswissenschaften in bestehende Strukturen einbinden
- die Stadt als ein Zentrum einer mittelhessischen Gesundheitswirtschaft etablieren
- die BID-Initiative des Gießener Einzelhandels weiterhin unterstützen
- die Einbindung des Neustädter Tors in die innerstädtische Struktur fördern
- eine Vernetzung der städtischen und privaten Bereiche Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und Tourismus fördern

Handel in der Innenstadt

Mit der Entscheidung zum Bau des Neustädter Tors wurde von der CDU/FWG/FDP-Koalition eine große städtebauliche Fehlentscheidung getroffen (siehe auch Burggrabenviertel/ Oswaldsgarten und Neustädter Tor auf Seite 5). Jetzt gilt es, den für eine stabile Innenstadtstruktur wichtigen Einzelhandel gezielt zu fördern.

Wir unterstützen die Initiative des Gießeners Innenstadt-Einzelhandels, „Business Improvement Districts“ (BID) zu bilden, um im Wettbewerb mit der grünen Wiese besser bestehen zu können. Nur mit einem gut sortierten Einzelhandel bleibt die Innenstadt auch attraktiv als Wohnquartier insbesondere für ältere Menschen.

Ein wichtiger Mosaikstein ist dabei auch der Bau des neuen Kulturrathauses am Berliner Platz (siehe auch Kulturrathaus am Berliner Platz auf Seite 7). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen diesen Neubau. Gießen als die zentrale mittelhessische Universitätsstadt braucht einen identitätsstiftenden kulturellen und politischen Mittelpunkt. Der Ort Berliner Platz setzt gleichzeitig ein Gegengewicht zum Neustädter Tor und betont den Zugang zum Seltersweg.

Städtische Finanzen konsolidieren

Viele Städte und Gemeinden sind seit Jahren kaum noch in der Lage, einen ausgeglichenen, gesetzeskonformen Haushalt aufzustellen. Der wachsende Schuldenberg engt den zukünftigen politischen Handlungsspielraum der nachkommenden Generationen immer weiter ein.

Das Ziel grüner Finanzpolitik ist ein ausgeglichener kommunaler Haushalt, der nur über eine grundlegenden Reform der Kreis- und Gemeindefinanzen erreicht werden kann. So wurde mit der Reform der Gewerbesteuer begonnen, die Gewerbesteuerumlage gesenkt und durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe eine finanzielle Entlastung der Kommunen erreicht.

Wir streiten nach wie vor für eine kommunale Wirtschaftsteuer, die alle beruflich vor Ort Tätigen einbindet und die dem Grundsatz „Niedrige Steuersätze, breite Bemessungsgrundlage“ folgt. Wir haben auf Bundesebene Vorschläge vorgelegt, wie die Grundsteuer zu einer guten Kommunalsteuer reformiert werden kann.

Die Zinsausgaben der Stadt für Kredite sind am oberen Limit angekommen. Die finanzielle Belastungsgrenze der Stadt ist daher erreicht. Einsparungsmöglichkeiten sehen wir in einer reorganisierten Verwaltung, die Elemente des neuen Steuerungsmodells aufnimmt und umsetzt.

Wir streben an, die Neuverschuldung der Stadt schrittweise zurückzuführen. Dieses gesteckte Ziel einzuhalten wird eine schwere Aufgabe in der nächsten Wahlperiode sein. Ohne Neuordnung der kommunalen Finanzierung, bessere und vor allem verlässliche Einnahmen wird dies nicht gelingen können. In diesem Konsolidierungsprozess werden wir auch weiterhin unsere Rolle als Anwalt der Sozial- und Kulturinitiativen Gießens wahrnehmen.

Eine nachhaltige Finanzpolitik darf nicht am falschen Ende sparen. Ein Abbau zentraler sozialer Projekte mit präventiven Charakter würde zu weitaus höheren Folgekosten führen und vor allem nicht unserer grundsätzlichen Vorstellung von sozialer Verantwortung entsprechen.

Maßnahmen wie die energetische Sanierung der Schulen verringern die Belastung unserer Umwelt und fördern gleichzeitig regionale Bauunternehmen und Handwerksbetriebe.

Wir wollen:

- mehr Gestaltungsräume in der Stadtverwaltung durch Budgetierung
- die Neuverschuldung Gießens schrittweise zurückfahren
- heute in Gießens Zukunft investieren und deshalb nicht an zentralen sozialen Projekten sparen (siehe auch Gerechtes GiesSEN ab Seite 32)

ZUKUNFTSFÄHIGES GIESSEN

Agenda 21

Die Grünen haben in Gießen als einzige Partei die Entwicklung einer lokalen Agenda 21 in einer kommunalen Verankerung vorangetrieben. Zur Moderation des Prozesses hat die Stadt Gießen unter der Regierung von Rot-Grün ein Agenda-Büro eingerichtet und zwei ganze Stellen zur Verfügung gestellt. Hier hat die Koalition aus CDU, FDP und FWG gekürzt, so dass die Arbeitsmöglichkeiten der Agenda-Gruppen eingeschränkt wurden und z. B. die konzeptionell innovative und erfolgreiche Agenda-Gruppe für Kinder nicht fortgeführt werden konnte.

Dem Agenda-Rat ist es trotzdem durch großes Engagement gelungen, ein Leitbild zu erarbeiten, das vom Stadtparlament inzwischen beschlossen wurde. Die Agenda-Gruppen und der Agenda-Rat – das Bindeglied zwischen Agenda-Gruppen, Verwaltung und Politik – arbeiten kontinuierlich weiter und haben konkrete Maßnahmen und Projekte sowie Indikatoren zur Überprüfung des Erfolgs entwickelt.

Die begonnene Arbeit in den zahlreichen Lokale-Agenda-Gruppen muss auch in den nächsten Jahren unvermindert von der Stadt unterstützt und die Ergebnisse in den Entscheidungen von Magistrat und Stadtparlament aufgegriffen werden.

Neue Wege der BürgerInnen-Beteiligung

Neben der bewährten und ertragreichen Form des Agendaprozesses wollen wir in Zukunft auch neue Wege der BürgerInnenbeteiligung gehen. Die entscheidende Frage der baulichen Stadtentwicklung ist die zukünftige Nutzung der Konversionsflächen. Hier streben wir an, in einem Moderationsverfahren mit einer Vielzahl de-

zentraler Veranstaltungen die Vorstellungen, Wünsche und Befürchtungen der Gießener Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln. VertreterInnen der Lokalen Agenda 21 und der Vereine sowie Einzelpersonen sollen wichtige Ideen geben und ebenso kritisch wie fachkundig den Planungsprozess begleiten. Die gewonnenen Erkenntnisse, viele Einzelergebnisse wie auch die entwickelten allgemeinen Leitziele sollen als Bausteine Eingang in die nachfolgenden Verfahrensschritte finden.

Auf diese Weise werden die kontinuierlichen Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für das Stadtparlament und die Verwaltung bilden.



MEHR ERFAHREN ODER MITMACHEN:

Grüner Stadtverband
Liebigstraße 83
35392 Giessen

Telefon 0641/77243

wahlkampf@gruene-giessen.de

WAHLKAMPF UNTERSTÜTZEN:

Bitte überweisen Sie Ihre Spende an:
Bündnis 90/Die Grünen Giessen
Konto 200 524 887 bei der Sparkasse Giessen, BLZ 513 500 25.
Geben Sie bitte als Verwendungszweck "Stadtverband Giessen" an sowie
Ihre Adresse.

KOMMUNALWAHL AM 26.3.:

DIE 26 KANDIDATINNEN AUF LISTE 3 WÄHLEN!

LISTE 3 - AUCH FÜR DIE ORTSBEIRÄTE ALLENDORF, KLEINLINDEN UND LÜTZELLINDEN

WWW.GRUENE-GIESSEN.DE